

# REDE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COTTBUS

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

14. April 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## „Vierzig Jahre Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – Bürgerrechtler für Freiheit und Menschenrechte“

40. JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (IGFM)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

*Wjaselim se, až mógu žinsa w Chóšebuzu byś.<sup>1</sup>*

Herzlichen Dank der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* (IGFM) für die Einladung. Gerne bin ich ihr gefolgt, um heute hier bei Ihnen in Cottbus zu sein. Ich – als jemand, der aus Niedersachsen kommt, aus dem Landkreis Osnabrück – darf Ihnen sagen: Für mich ist es stets ein ganz besonderes Erlebnis, wenn ich im Osten unseres gemeinsamen Vaterlandes sein kann. Ich freue mich immer darüber, dass wir heute ein in Freiheit und Demokratie geeintes Volk und Mitglied in der Europäischen Union sind. Es ist eine wunderbare Erfahrung meines Lebens, dass meine Generation diesen Wandel in Europa erlebt hat. Das bleibt für mein ganzes Leben das Wunder meiner Generation.

Wir sind heute in Cottbus. Das mag auf den ersten Blick irritieren, denn bekanntlich hat die IGFM ihren Sitz in Frankfurt am Main. Doch es hat einen Grund, dass Sie diesen Ort für die heutige Veranstaltung ausgewählt haben. Nur wenige hundert Meter von hier entfernt ist der Ort, an dem das eigentliche Programm Ihrer diesjährigen Jahres-

hauptversammlung stattfinden wird – das ehemalige Zuchthaus Cottbus.

Es war zur Zeit der DDR das größte politische Gefängnis des SED-Regimes. Wer dort eine Haftstrafe verbüßte, der hatte keine Verbrechen begangen, sondern für sich das Recht auf freie Meinungsäußerung oder das Recht auf Versammlungsfreiheit gefordert. Bürgerliche Grundrechte, die uns heute selbstverständlich erscheinen, die damals aber von einem menschenverachtenden System nicht geachtet wurden.

Dass wir das vierzigjährige Bestehen der IGFM in Cottbus feiern, wird bei einigen schmerzhafte Erinnerungen wecken. Viele der Inhaftierten wurden während der Haft von der IGFM betreut. Doch dass wir heute offen miteinander diskutieren können, an diesem Ort, das ist ein Zeichen für die Überwindung des Unrechts des DDR-Regimes – und es ist ebenso ein Zeichen für den Erfolg der Arbeit der IGFM, der Dank und Anerkennung dafür gebührt. Seit vielen, vielen Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten, sind Sie engagiert für die Menschenrechte. Dafür möchte ich Ihnen und der IGFM von Herzen auch meinen ganz persönlichen Dank aussprechen.

Zu danken ist an dieser Stelle auch dem Verein *Menschenrechtszentrum Cottbus*, gegründet von ehemaligen Inhaftierten des Zuchthauses. Ziel des Vereins ist es, auf dem Gelände des früheren Zuchthauses ei-

<sup>1</sup> „Ich freue mich, heute in Cottbus zu sein.“

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.****COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012**[www.kas.de](http://www.kas.de)

ne Gedenkstätte für politische Verfolgung in Deutschland zwischen 1918 und 1989 zu schaffen. Diese Gedenkstätte wird einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung unserer deutschen Geschichte leisten. Sie soll uns stets daran erinnern, wie wertvoll die Demokratie als Voraussetzung für ein Leben in Würde und Freiheit ist. Sie muss uns Mahnung dafür sein, damit es nie wieder zu einer Diktatur auf deutschem Boden kommt.

Ergänzend möchte ich sagen: Als ich im Januar 2007 zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt wurde, habe ich in meiner Programmrede vorgeschlagen, ein *Haus der Europäischen Geschichte* in Brüssel, in unmittelbarer Nähe des Parlaments zu errichten, um die Geschichte des 20. Jahrhunderts – mit den beiden totalitären Systemen, den beiden Weltkriegen und der europäischen Antwort der Einigung Europas in Frieden und Freiheit – darzustellen. Wir sind jetzt dabei, dieses Haus zu verwirklichen. Wir haben im Haushalt 2011 elf Millionen Euro und im Haushalt 2013 21 Millionen dafür vorgesehen. Wir hoffen, dass wir dieses *Haus der Europäischen Geschichte* vor der nächsten Europawahl – auch wenn es dann noch nicht ganz fertig ist – durch den amtierenden Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, eröffnen werden. Wir wollen damit die Generationen in Europa daran erinnern, welches Leid wir uns in Europa in der Vergangenheit zugefügt haben, dass wir aber daraus gelernt haben und dass wir heute einig sind in der Europäischen Union als vereinigte Völker unseres Kontinents.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind zwei grundlegende Werte unseres Staates, die für uns selbstverständlich erscheinen. Viel zu leicht vergessen wir, dass überall auf der Welt jeden Tag Menschen für diese Werte eintreten, dafür ihre Freiheit, ihre Gesundheit, ja sogar ihr Leben riskieren. Die IGFM unterstützt diese Menschen überall auf der Welt seit vierzig Jahren.

„Aller Anfang ist schwer“, sagt ein Sprichwort. Das galt auch für die Anfänge der IGFM, deren Begründer die Anfangszeiten mit den Worten beschreiben: „Kein Geld,

kein Büro, keine Erfahrung – dafür aber viele Ideen und viel Initiative.“

Dreizehn Persönlichkeiten haben im April 1972 die *Gesellschaft für Menschenrechte* (GFM) begründet. Einige von ihnen waren selbst Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden, hatten selbst Verfolgung und Gefangenschaft erlitten, wie zum Beispiel der geistige Vater Iwan Iwanowitsch Agrusow. Er war Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter der Deutschen und beinahe auch der Sowjets. Nur mit Glück entging er dem Schicksal, in einen Gulag gesteckt zu werden. Vor wenigen Wochen, in der Nacht zum 1. Februar, ist er im Alter von 87 Jahren verstorben. Mit seinem unermüdlichen Engagement hat Iwan Agrusow einen wertvollen Beitrag zur Achtung der Menschenrechte in der Welt geleistet. Gemeinsam mit seinen Unterstützerinnen und Unterstützern hat er den Grundstein für die IGFM als eine Organisation gelegt, die sich heute weltweit für die Menschenrechte einsetzt.

Bis 1989, bis zur friedlichen Revolution der Menschen in der DDR und den anderen mittel- und südosteuropäischen Staaten, galt das besondere Augenmerk der GFM den politisch Verfolgten und Inhaftierten hinter dem Eisernen Vorhang in der DDR, den Staaten des Warschauer Paktes und in der Sowjetunion.

Eine viel beachtete Aktion der GFM war die aktive Unterstützung des *Moskauer Appells*. Andrej Sacharow hat am 13. Februar 1974 gemeinsam mit neun weiteren namhaften russischen Intellektuellen die Veröffentlichung von Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag* gefordert. Mehr als 60.000 Unterschriften sammelte die GFM damals, um Andrej Sacharow zu unterstützen. Sie erhielt dafür weit über Deutschland hinaus Beachtung und Anerkennung.

Gestatten Sie mir, wenn ich den Namen von Andrej Sacharow hier nenne, zu erwähnen: Bevor ich seine Witwe – ich meine mich zu erinnern, dass es im Februar 1991 war – in ihrer kleinen Wohnung in Moskau besucht habe, war ich auf dem Friedhof am Grab Andrej Sacharows, der wenige Wochen zuvor gestorben war. Dieser Mann, Andrej Sa-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

charow, eine kämpferische Persönlichkeit, ein großer Physiker, ein großer Humanist, ein Menschenrechtler, hat die Würde Russlands bewahrt, indem er ein Beispiel für die Verteidigung der Würde des Menschen gegeben hat. Deswegen hoffen wir auch heute, dass Russland den Weg der Bewältigung der eigenen kommunistischen Vergangenheit gehen möge. So wie wir Deutsche, denen es – Gott sei Dank – gelungen ist, die Verbrechen des Nationalsozialismus in die Geschichtsbücher zu schreiben, uns davon zu distanzieren, uns unserer Geschichte zu stellen und daraus zu lernen. Das ist etwas, worauf wir Deutsche stolz sein können, und wir wünschen es auch anderen Völkern auf dieser Erde!

Heute, fast vier Jahrzehnte später, ist aus der GFM längst die IGFM geworden, ist aus der Initiative einiger weniger eine international tätige Organisation gewachsen, deren 26 Sektionen und vier nationale Gruppen auf der ganzen Welt vertreten sind. Allein die deutsche Sektion zählt heute beachtliche 3.000 Mitglieder. Das Recht auf Leben, auf Sicherheit der Person, das Recht auf Meinungs- und Religionsfreiheit, auf Versammelungs- und Pressefreiheit für alle Menschen weltweit zu sichern, das ist das Ziel der Arbeit der IGFM.

192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bekennen sich zu den Menschenrechten. Seit 1948, seit der Gründung der Vereinten Nationen sind zahlreiche Abkommen und Erklärungen hierzu unterzeichnet worden. Dennoch erleben unzählige Menschen jeden Tag aufs Neue, dass ihnen diese grundlegenden Rechte nicht gewährt werden, dass ihnen ein Leben in Freiheit und Würde verwehrt wird. Die Ursachen dafür sind vielfältig.

Ideelle, kulturelle und religiöse Unterschiede sind in vielen Ländern noch immer Anlass für Hass und Gewalt, Folter und Krieg. Noch immer gibt es Länder, deren Regime aus Angst vor ihren Bürgerinnen und Bürgern deren Freiheiten einschränken. Staaten wie Kuba, wie Nord-Korea, wie China; Staaten, in denen Einparteien-Diktaturen den Menschen das Recht verwehren, ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit zu führen.

Wie rücksichtslos, wie menschenverachtend diese Staaten zum Teil mit ihren Bürgerinnen und Bürgern umgehen, zeigt eindrücklich das bekannte Beispiel des chinesischen Künstlers Ai Weiwei. In seinem Internet-Blog hat er sich kritisch über den chinesischen Staat geäußert. Im April 2011 wurde er unter dem Vorwurf des Steuerbetruges für 81 Tage eingesperrt. Seit seiner Freilassung steht er unter Hausarrest. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* schrieb im Dezember 2011, ich zitiere: „2012 will die Volksrepublik China in Deutschland ein Kulturjahr veranstalten – doch der Umgang mit Regimekritikern wie Ai hat das Bild einer angeblichen Kulturnation China irreparabel beschädigt.“ Soweit das Zitat.

Die Tageszeitung *Die Welt* hat am 27. März 2012 einen Bericht Ai Weiweis veröffentlicht, indem er über seine Inhaftierung und über sein Verhältnis zu seinem Land schreibt: Trotz des erfahrenen Leids fordert er uns auf, ich zitiere: „Opfert nicht Eure langfristigen Werte für kurzfristige Interessen! Wer Kompromisse eingeht und nachgibt, wenn es um Fragen der Werte, der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit geht, versündigt sich.“ Soweit Ai Weiwei.

Ich möchte hinzufügen: Vergessen wir niemals, wenn wir über die Interessen Deutschlands und die Interessen Europas sprechen: Interessen müssen sich immer aus unseren Werten ergeben. Erst kommen die Werte und aus diesen Werten heraus ergeben sich unsere Interessen. Es kann keine Interessen ohne fundamentale Werte geben.

Weiter schreibt Ai Weiwei: „Besonders erwähnenswert ist, wie ausführlich und nachhaltig die Medien berichteten. Erneut begriffen die Bürger, wie groß die Vorteile sind, wenn es eine öffentliche Meinung einschließlich des Internets gibt, die sich widersetzen kann.“

Das Internet, die digitalen Medien, sind weltweit für viele Menschen, die unter Menschenrechtsverstößen leben, eine große Chance, um über ihr Schicksal zu berichten, um die Welt auf Verstöße gegen die Menschenrechte aufmerksam zu machen.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012**

**www.kas.de**

Das erfordert meistens sehr viel Mut und bedeutet oft ein großes Risiko für diejenigen, die diese Berichte verfassen und veröffentlichen, denn das Internet wird zum Beispiel in China vehement censiert. Doch mit der Veröffentlichung von Menschenrechtsverstößen ist ein erster Schritt getan, um gegen diese Verstöße vorzugehen. Unrecht bleibt nicht länger verborgen, Missstände werden sichtbar.

Missstände öffentlich zu machen ist eines der zentralen Anliegen der IGFM. Mit ihren Publikationen, vor allem aber mit ihren Aktionen rütteln Sie uns wach und bringen uns dazu, hinzusehen, wo immer in der Welt Menschen Unrecht widerfährt.

Wie zum Beispiel in Kuba: Noch immer ist die Zahl der politischen Gefangenen groß. Die kubanische Menschenrechtsorganisation spricht von über 3.000 Gefangenen im letzten Jahr. Oftmals wissen die Menschen nicht einmal, warum sie inhaftiert worden sind. Für die Bevölkerung im kommunistischen Kuba gibt es weder Meinungs- noch Pressefreiheit, von demokratischen Wahlen ganz zu schweigen. Dabei ist die Not der Menschen groß, es gibt kaum Lebensmittel, die Häuser zerfallen. Dennoch lernen die Kinder in staatlichen Schulen noch immer die Lobe hymnen auf den großen Befreier Castro. Als der kubanische Dissident Wilman Villar Mendoza bei einer Protestkundgebung zur Unterstützung der *Damen in Weiß* festgenommen wird, tritt er in der Haft aus Protest in den Hungerstreik. Im Januar ist er an den Folgen dieses Hungerstreiks im Alter von nur 31 Jahren gestorben.

Beispiel Afrika: In vielen afrikanischen Staaten leben die Menschen in erschreckender Armut. Sie leiden an Hunger, Durst, Krankheiten. Ihnen fehlt das Nötigste, das Grundlegendste, um zu leben – um zu überleben. Die Not ist groß, Hilfe dringend erforderlich. Dennoch stellen wir oft fest, dass internationale Hilfsorganisationen in ihrer Arbeit behindert, mitunter gar nicht erst zu den Hilfsbedürftigen gelassen werden. Humanitäre Hilfe wird von manchen Machthabern unmöglich gemacht.

Ein anderes Beispiel: Tibet. Wie groß die Verzweiflung sein kann, davon berichten uns erschreckende Nachrichten über Selbstverbrennungen tibetischer Mönche und Nonnen. Es ist ihr verzweifelter Protest gegen die chinesische Fremdherrschaft und das ihnen zugefügte Unrecht.

Für uns als Beobachter ist unvorstellbar, wie groß die Aussichtslosigkeit sein muss, dass man zu dieser drastischen Form des Protests greift. Es bleibt uns nur der Respekt vor dem Mut und der Entschlossenheit dieser Menschen, die ihrem Leben auf so grausame Art ein Ende bereiten, in der Hoffnung, für ihre Mitmenschen ein anderes, ein besseres Leben, ein Leben in Würde und Freiheit, zu ermöglichen. Hoffen wir, dass das Opfer dieser Menschen nicht umsonst ist.

Es sind Organisationen wie Sie, die IGFM, die diese Hoffnung stärken, die den Menschen Mut machen, dass sich etwas ändern kann. Mit ihrer Arbeit leistet die IGFM einen herausragenden Beitrag, um Missstände öffentlich zu machen, anzuprangern und den Menschen vor Ort aus ihrer Situation heraus zu helfen. Dafür gebührt Ihnen ausdrücklich Dank und aufrichtige Anerkennung.

Ich darf sagen: Ich bin der Arbeit der IGFM über das Patenschaftsprogramm für politische Gefangene persönlich sehr verbunden. 2007 habe ich erstmals eine Patenschaft der IGFM übernommen. Ich wurde Pate für den kubanischen Arzt und Menschenrechtsverteidiger Óscar Elías Biscet González. Er wurde zu 25 Jahren Haft verurteilt, weil er die vom Castro-Regime verübten Menschenrechtsverletzungen öffentlich kritisierte und sich lautstark gegen die offiziellen Abtriebspraktiken der kubanischen Regierung zu Wort gemeldet hatte. Vor einem Jahr im März 2011 kam er nach zwölf Jahren Haft endlich wieder frei.

Auf seine Freiheit hofft auch der seit Juni 2009 inhaftierte iranische Journalist und Oppositionspolitiker Ahmad Zeidabadi. Auch für ihn habe ich die Patenschaft übernommen. Er wurde verhaftet und gefoltert, weil er während der iranischen Präsidentschaftswahlen 2009 den Reformpolitiker

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.****COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012**[www.kas.de](http://www.kas.de)

Mehdi Karroubi als Berater unterstützt hatte. Von der iranischen Führung wurde Ahmad Zeidabadi wegen Aufruhrs gegen das Regime zu sechs Jahren Haft und lebenslangem Berufsverbot verurteilt. Wir fordern heute erneut seine Freilassung, damit er ebenso freigelassen wird wie Óscar Elías Biscet González aus Kuba. Auch die Verhafteten im Iran müssen befreit werden.

Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte. Das sind die grundlegenden Werte, die die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union über alle Grenzen hinweg miteinander verbinden.

Die Europäische Union ist die größte Errungenschaft nach der Überwindung der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Die Gründerväter der Europäischen Union – die Mütter kamen erst später hinzu – haben die Botschaft verstanden, die aus den Ruinen des zerstörten Kontinents zu ihnen aufgestiegen ist. Nie wieder darf ein totalitäres Regime Not und Elend über Millionen von Menschen bringen. Nie wieder darf eine menschenverachtende Ideologie die Würde der Menschen missachten.

Die Gründerväter haben Europa als Rechtsgemeinschaft gestaltet, als eine Rechtsgemeinschaft, in der das Recht die Macht und nicht die Macht das Recht hat.

Wir können uns gar nicht vorstellen, wie wichtig dieser Satz ist: Das Recht hat die Macht und nicht die Macht das Recht. Es kann niemand nachts aus den Betten geholt werden und irgendwohin verschwinden. Wenn jemand verhaftet wird, muss es einen richterlichen Befehl geben.

Das Recht hat die Macht und nicht die Macht hat das Recht. Das ist eine große Errungenschaft Europas und Deutschlands im 20. und 21. Jahrhundert. Nur das Recht sichert uns dauerhaften Frieden.

Nur das Recht schützt die Schwachen. Nur das Recht weist die Mächtigen in ihre Schranken. Nur das Recht schützt vor Willkür und Machtmissbrauch. Ohne den Respekt vor den Rechten des Anderen kann es

keine Freiheit geben. Diese Vision der Gründerväter der Europäischen Union hat sich erfüllt.

In der Berliner Erklärung vom 25. März 2007, in Erinnerung an die Römischen Verträge von 1957, die Bundeskanzlerin Angela Merkel als damalige Präsidentin des Europäischen Rates sowie der Präsident der Kommission der Europäischen Union, José Manuel Durão Barroso, und ich für das Europäische Parlament unterzeichnet haben, steht der schöne Satz: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“

Wir sind zu unserem Glück vereint in Deutschland und in Europa. Freuen wir uns auch heute, an diesem 14. April, von Herzen darüber, dass wir in Europa zu unserem Glück vereint sind!

In der Europäischen Union setzen wir uns für die Verwirklichung der Menschenrechte ein. Dies ist ein zentrales Anliegen. Wir haben diese Pflicht in der Folge einer Epoche, die menschenverachtender nicht hätte sein können. Europa hat sich die Erkenntnis vom Sieg des Rechts der Freiheit und der Solidarität über Unrecht, Diktatur und Menschenverachtung teuer erkauft. Die Lehren, die wir aus dem düsteren Kapitel der europäischen Geschichte gezogen haben, müssen Ansporn für uns sein, weltweit für die Menschenrechte zu kämpfen und all jene zu unterstützen, die selbstlos und mutig für die Rechte ihrer Mitmenschen kämpfen.

Um solches Engagement zu ehren, verleiht das Europäische Parlament seit 1988 den *Sacharow-Preis für geistige Freiheit*. Mit ihm werden Personen und Organisationen ausgezeichnet, die sich durch Worte und Taten für Menschenrechte einsetzen und dabei den Verlust ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit oder sogar ihres Lebens in Kauf nehmen.

So wurden zum Beispiel 2011 fünf Aktivisten des *Arabischen Frühlings* geehrt. 2005 ging er an die kubanische Frauenbewegung *Damen in Weiß*, die friedlich gegen die Inhaftierung ihrer Angehörigen in den politischen Gefängnissen protestieren.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Diese Menschen wurden mit dem *Sacharow-Preis* geehrt, weil sie Tag für Tag für ein Leben in Würde eintreten. Dafür gebührt ihnen unser aufrichtiger Dank und Respekt!

Als Gesellschaft ist es unsere Pflicht, diese Menschen durch unsere Wachsamkeit und unsere Anteilnahme zu unterstützen. Es ist Aufgabe der Politik, mit internationalen Abkommen und gemeinsamen Appellen die Achtung und Wahrung der Menschenrechte von allen Staaten weltweit einzufordern und jedwede Form der Verletzung scharf zu verurteilen.

Eine konsequente europäische Außenpolitik muss daher zum Beispiel die Menschenrechte bedrängter Christen in Ägypten oder der muslimischen Zivilbevölkerung in Tschechien ebenso verteidigen wie die durch den Terrorismus herausgeforderte internationale Gemeinschaft.

Außenpolitik im Sinne der Europäischen Union darf keinen Unterschied machen zwischen Konfessionen, Weltanschauungen oder politischen Gesinnungen. Wir sind nur glaubwürdig, wenn wir uns überall in der Welt gerecht und fair für die Menschenrechte einsetzen.

In Deutschland sind wir stolz darauf und bekennen wir uns dazu, dass alle Konfessionen, einschließlich der Moslems, friedlich miteinander leben können. Und weil wir dafür eintreten, dass alle Religionen hier friedlich leben können, müssen wir auch dafür eintreten, dass zum Beispiel Christen in der arabischen Welt ebenso friedlich ihren Glauben bekennen können, wie Moslems das in Europa und in Deutschland möglich ist.

Es ist auch für das Zusammenleben der moslemischen Glaubensrichtungen – der Schiiten und der Sunnit – von größter Bedeutung, dass die Minderheiten der Christen, der Juden und andere Minderheiten geachtet werden. Denn je mehr diese Minderheiten dort geachtet werden, umso friedlicher werden auch die moslemischen Glaubensrichtungen auf der Grundlage der Toleranz miteinander leben können. Deswegen ist es wichtig, dass die Christen, die in den arabischen Staaten leben, dort weiter leben

und ihren Glauben bekennen können. Wir müssen in der internationalen Gemeinschaft alles tun, um die Rechte der Christen auch in der arabischen Welt zu verteidigen. Wir sollten es mit allem Nachdruck tun.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, lautet Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 unseres Grundgesetzes. Er basiert auf dem christlichen Bild vom Menschen, das Grundlage ist für unsere Werte: Freiheit, Solidarität, die Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Es sind dies die Fundamente der Europäischen Union, verankert in den Gründungsverträgen, bekräftigt durch die Annahme der Charta der Grundrechte.

Die Charta der Grundrechte gründet auf der Geschichte der Kulturen und den Traditionen, die die Menschen in Europa miteinander teilen. Die Europäische Union ist nicht nur eine Rechtsgemeinschaft, sondern vor allem auch eine Wertegemeinschaft. Die Achtung der Würde jedes Einzelnen, die Geltung des Rechts, die Bewahrung von Frieden, Freiheit und Demokratie waren und sind für uns auch heute noch die Antriebskraft für die europäische Einigung.

Die feierliche Proklamation der Charta der Grundrechte am 12. Dezember 2007 im Europäischen Parlament in Straßburg – am Tag vor der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon – war ein glücklicher Tag für die Menschen in der Europäischen Union. Sie ist ein Symbol der gelungenen Verwirklichung der europäischen Idee. Die Einigung Europas ist ein Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten. Beide gehen Hand in Hand, beide bedingen einander

Konrad Adenauer hat einmal gesagt, ich zitiere: „Demokratie ist [...] eine Weltanschauung, die [...] in der Auffassung von der Würde, den Werten und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelt hat [, wurzelt]. [...] Wer wirklich demokratisch denkt, muss sich immer leiten lassen von der Achtung vor dem anderen [...].“ Soweit Konrad Adenauer.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.****COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012****www.kas.de**

Die Achtung vor dem Anderen, vor den unveräußerlichen Rechten eines jeden Menschen, das sind die Wurzeln für unser freiheitliches und demokratisches Miteinander, für unseren achtsamen Umgang miteinander. Wo die Würde des Menschen missachtet wird, wo der Einzelne keine Rechte hat, da kann auch keine Demokratie entstehen.

Eine Gesellschaft kann sich und ihre Stärke daran messen lassen, wie sie mit Minderheiten umgeht. Wer großzügig ist zu Minderheiten, wer Minderheiten ihre fundamentalen Rechte ermöglicht, der lebt in einer starken Gesellschaft. Menschenrechte gedeihen nur auf demokratischem und rechtsstaatlichem Boden. Die Verwirklichung der Menschenrechte hängt entscheidend von den politisch Verantwortlichen ab. Demokratie braucht Demokraten. Demokratie kann erlernt werden, aber sie muss vor allem vorgelebt werden.

Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, treten dafür ein. Wir sind keine Menschenrechtsorganisation im Sinne der IGFM. Wir sind eine politische Stiftung, die den Grundsätzen der christlichen Demokratie verpflichtet ist, so wie auch die anderen politischen Stiftungen jeweils ihren eigenen Grundsätzen verpflichtet sind.

Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, handeln aus christlicher Verantwortung. Unsere ethische Leitlinie ist das christliche Menschenbild, das auf der Überzeugung von der unantastbaren Würde jedes Menschen basiert. Es geht uns um eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, die seine Würde und seine daraus abzuleitenden Rechte zum Maßstab ihres Denkens und Handelns macht. Es ist für uns Anlass, für ein demokratisches, friedliches und gerechtes Zusammenleben der Völker einzutreten.

Die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte sind ein fester Bestandteil unserer Arbeit. Dazu zählt zum Beispiel auch die Aufarbeitung des DDR-Regimes. Viel zu schnell vergessen wir, welches Unrecht die Menschen jenseits der Mauer über viele Jahrzehnte erdulden mussten. Wir möchten die Erinnerung daran wach halten, wie na-

türlich auch an den Nationalsozialismus, wie an den totalitären Kommunismus, wie an Unrecht überhaupt.

Denn auch der Fall der Mauer ist das Ergebnis eines langen politischen und gesellschaftlichen Umbruchs, bei dem die Idee der Menschenrechte eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Der Fall der Mauer wurde möglich, weil der Ruf nach Freiheit und Demokratie stärker war als die Furcht vor einer menschenverachtenden Ideologie eines repressiven Staates.

Die Politische Bildung ist der Kern unserer Arbeit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung will, wie auch die anderen politischen Stiftungen, mit Vorträgen und Seminaren, mit Informationsmaterialien und Aktionen vor allem junge Menschen gegen politischen Totalitarismus sensibilisieren. Wir wollen, dass junge Menschen ganz genau hinsehen und nicht wegschauen. Wir wollen dazu beitragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger mündig sein können und sich selbst ein Bild machen können.

Totalitarismus, politischer Radikalismus sind nicht nur Teil unserer Geschichte, sie sind auch – leider – Teil unserer Gegenwart. Wir müssen alles dafür tun, damit sie kein Bestandteil unserer Zukunft mehr sein werden. Die Achtung der Menschenrechte ist ein entscheidender Faktor, der Grundlage ist für ein freiheitlich-demokratisches System.

Wer die Würde eines jeden Menschen respektiert, der ist auch frei von Argwohn und Vorurteilen, der ist offen für die Begegnung mit Menschen. Offen zu sein für Neues, neugierig zu sein auf fremde Kulturen, aber immer auf dem eigenen festen Wertefundament, das ist eine wichtige Voraussetzung für das Miteinander in der Welt. Es sei ein Grundgedanke unserer internationalen Zusammenarbeit, die für die Konrad-Adenauer-Stiftung eine lange Tradition hat.

Auch unsere Stiftung feiert in diesem Jahr ein rundes Jubiläum: das 50-jährige Bestehen unserer Hauptabteilung *Europäische und Internationale Zusammenarbeit*.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.****COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012**[www.kas.de](http://www.kas.de)

In diesen fünf Jahrzehnten ist unser Engagement stetig gewachsen. Aus acht Auslandsvertretungen in Süd- und Mittelamerika sind inzwischen über achtzig Vertretungen in der ganzen Welt geworden. Mit verschiedenen Programmen sind wir in über einhundert Ländern der Welt präsent. Wir fördern die Stärkung einer unabhängigen Justiz, die Bindung des Rechtsstaates an die Grund- und Menschenrechte, eine verlässliche Gewaltenteilung, unabhängige Medien, Transparenz und Bürgerbeteiligung, wir unterstützen den länderübergreifenden Dialog zwischen den Weltreligionen.

Wir wollen nicht belehren oder gar bevormunden. Unsere Arbeit beruht auf vertrauensvoller Kooperation. Sie lebt vom gegenseitigen Austausch mit unseren Partnern und Freunden vor Ort. Ich darf sagen, dass man die Konrad-Adenauer-Stiftung weltweit als verlässlichen und kompetenten Partner schätzt.

Und ich sage immer auch sehr gerne, dass im Europäischen Parlament Menschen, die sich als Sozialisten bezeichnen, politische Mitbewerber aus Spanien und Portugal, mir immer erzählen, welch wichtige Rolle die Konrad-Adenauer-Stiftung in den siebziger Jahren in Spanien und Portugal gegen die Rechtsdiktaturen gespielt hat. Wir machen bei der Verteidigung der Menschenrechte natürlich keinen Unterschied zwischen Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen, Grünen oder auch Linken. Nein, die Würde des Menschen und die Demokratie gelten für alle, und alle müssen diese Werte achten.

Wir können feststellen: Wir sind als Konrad-Adenauer-Stiftung überall auf der Welt willkommen. Leider müssen wir aber auch feststellen: In einigen Ländern duldet man unsere Arbeit nicht, wie zum Beispiel in Weißrussland. Durch unser Büro im Nachbarland Litauen ist es uns jedoch möglich, Kontakt zur weißrussischen demokratischen Opposition um Alexander Milinkewitsch – der übrigens 2006 mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet wurde – zu halten.

Ich war in Vilnius, der Hauptstadt Litauens, in der Exiluniversität *European Humanities*

*University*, jener geisteswissenschaftlichen Universität, die der letzte Diktator Europas, Alexander Lukaschenko, in Minsk geschlossen hat. Die jungen Menschen dort, die jungen Studentinnen und Studenten haben mir gesagt: Vergesst uns nicht in der Europäischen Union! Wir wollen so leben wie ihr – in Freiheit, in Würde, in einer Rechtsordnung!

Es gibt noch Ordnungen in Europa, die auf Unfreiheit gründen, auf der Vernachlässigung und der Missachtung des Rechts. Dort, wo das in Europa – wie in Weißrussland – oder der Welt geschieht, müssen wir unsere Stimme erheben, damit alle Menschen auf dieser Erde die Möglichkeit haben, in einer Rechtsordnung zu leben – so, wie es uns in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union vergönnt ist.

Zuletzt besorgte uns, die Konrad-Adenauer-Stiftung, unser Verhältnis zu Ägypten, ein Land, in dem wir seit über dreißig Jahren mit staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Förderung der Demokratie, des Rechtsstaates und der Sozialen Marktwirtschaft zusammenarbeiten.

Sie werden es vielleicht der Presse oder dem Fernsehen entnommen haben: Der Leiter unserer Vertretung in Kairo und eine Mitarbeiterin wurden angeklagt, sich illegal im Land aufzuhalten und illegalen Tätigkeiten nachzugehen. Man hat ihnen durch eine hohe Kaution gestattet, das Land zu verlassen. Der Prozess aber geht weiter.

Ich erwarte, dass dieser Prozess zum Abschluss kommt, dass dieses absurde Verfahren eingestellt wird, dass unsere beiden Mitarbeiter freigesprochen werden und dass wir unsere Arbeit in Ägypten fortsetzen können!

Auch in Abu Dhabi mussten wir vor wenigen Wochen unsere Vertretung auf Anweisung der dortigen Behörden schließen und unsere Aktivitäten einstellen. Nachvollziehbare Gründe wurden uns für diese unerwartete und plötzliche Entscheidung nicht genannt.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**COTTBUS**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
PRÄSIDENT DES  
EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS A.D.

**14. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wir betrachten diese Entwicklung in Ägypten wie in den Vereinigten Arabischen Emiraten als ein Alarmzeichen. Kontakte und der Dialog mit Europa und der Welt sind von größter Bedeutung für die freiheitliche und demokratische Entwicklung in den arabischen Ländern. Wer den Erfolg dieses Dialogs will, kann nicht diejenigen davon ausschließen, die sich dafür, wie die deutschen politischen Stiftungen, engagiert einsetzen.

Vor nunmehr einem Jahr haben es die jungen Menschen auf dem Tahrir-Platz in Kairo geschafft, Muhammad Husni Mubarak mit ihren mutigen Demonstrationen zum Rücktritt zu zwingen. Die Umbrüche, die wir seit Anfang 2011 in den Ländern der arabischen Welt erleben, haben weltweit überrascht. Unter Einsatz ihres Lebens haben vor allem junge Menschen für ihren Wunsch und ihren Traum nach Freiheit demonstriert.

Ich habe mit diesen wunderbaren jungen Menschen, die sich für die Würde des Menschen, für die Demokratie und die Freiheit einsetzen, auf dem Tahrir-Platz sprechen können. Sie haben uns gezeigt, dass die Idee der Menschenrechte einer universellen Sehnsucht entspricht, die in den arabischen und moslemischen Völkern genauso tief verankert ist wie in den westlichen Gesellschaften.

Nirgendwo auf der Welt wollen Menschen in ständiger Angst leben. Überall auf der Welt wollen Menschen, dass ihre Würde respektiert wird. Das gilt auch für die Menschen in den überwiegend moslemisch geprägten Ländern.

Und deswegen sage ich: Lassen Sie uns für die Freiheit und für die Demokratie in den arabischen Ländern eintreten. Hoffen wir darauf, dass ein religiöses Bekenntnis kein Widerspruch zur Demokratie ist. Das bleibt noch zu beweisen.

Ich unterstreiche, was Günter Nooke dazu gesagt hat, dass wir die Demokratie respektieren müssen, aber wir müssen von allen Demokraten auch erwarten, dass die Mehrheit nicht die Minderheit in einem Sinne dominiert, dass die Minderheit ihrer Rechte beraubt wird.

Ich möchte Ihnen allen sehr herzlich für Ihr großes Engagement in diesen vier Jahrzehnten der IGFM danken. Ihnen allen gebührt Dank und Anerkennung. Ich wünsche Ihnen allen viel Kraft für die Bewältigung der vor Ihnen liegenden Herausforderungen.

Mit Ihrem Mut sind Sie ein leuchtendes Beispiel für eine solidarische Gesellschaft, die Anteil nimmt am Wohle der Mitmenschen. Ihr Beispiel macht uns Mut für unsere Arbeit, denn es verbinden uns die gleichen Werte, die gleiche Sicht auf die Würde des Menschen und der Wunsch für alle Menschen auf der Welt nach einem Leben in Frieden und Freiheit.

Herzlichen Dank!